

## **Schädigung von Landschaft, Natur und Mensch befürchtet**

eberbach-channel 8.9.13



(hof) Am Dienstag, 17. September, ab 19 Uhr lädt eine Gruppe von Bürgern, die sich kritisch mit den Windparkplänen im Markgrafenwald auseinandersetzt, zu einer öffentlichen Vortragsveranstaltung mit Sven Johannsen ein. Ort der Veranstaltung ist das Restaurant Turmschenke auf dem Katzenbuckel in Waldbrunn-Waldkatzenbach. Der Eintritt ist frei. Der Referent Sven Johannsen ist Geschäftsführer einer international tätigen Firmengruppe im Bereich nachhaltiger Energie-Investitionen, der mit seiner Firmengruppe unter anderem auch an einer meteorologischen Windmessungs- und Gutachter-Firma in Schriesheim (Rhein-Neckar-Kreis) beteiligt ist. So konnte er beispielsweise in Birkenau (Kreis Bergstraße) durch neutrale Windmessungen belegen, dass Groß-Windkraftanlagen, wie sie dort von Investoren bislang vorgesehen waren, im windschwachen Odenwald nur ausgesprochen unwirtschaftlich erneuerbare Energie nutzen könnten. Diese Unwirtschaftlichkeit solcher Anlagen würde in Waldbrunn aller Wahrscheinlichkeit nach nicht anders ausfallen. Der Vortrag kann kritisch vor Augen führen, dass ein gravierender Eingriff zum Schaden von Landschaft, Natur und Mensch, wie er durch einen „Windpark Markgrafenwald“ eintreten würde, nicht durch den vorgeschobenen Aspekt wirtschaftlicher Energiegewinnung gerechtfertigt wäre. Man muss davon ausgehen, dass der Windpark nur vordergründig, durch Subventionspolitik und Pachteinahmen (für die privaten Grundbesitzer), rentabel wäre, für eine nachhaltige Energiewende aber letztlich keine Vorteile bringt, vielmehr unkalkulierbare Risiken und Schwächen für die Gemeinde Waldbrunn und die angrenzenden Ortschaften aufwirft. Landschaftsbild und Tourismuswirtschaft, Natur und Artenvielfalt, Lebensqualität und Hauswerte etlicher Einwohner würden bei Umsetzung der derzeitigen Pläne geschädigt. Die Unwirtschaftlichkeit eines Groß-Windparks im Markgrafenwald rechtfertigt diese Herabminderung nicht. Eine erfolgreiche und nachhaltige Energiewende kann auf diese Weise nicht stattfinden. Alternativen müssen öffentlich und kommunalpolitisch diskutiert und die derzeitigen Planungen verändert und optimiert werden. Der Vortrag des neutralen Windenergie-Fachmanns Sven Johannsen, kann auf sachliche und messtechnisch belegbare Weise einen wichtigen Teil zu dieser dringend erforderlichen Diskussion beitragen.

Infos im Internet:

[youtu.be/oy7rw3NyF8A](https://youtu.be/oy7rw3NyF8A)

## **Grüne Glücksritter und schwarze Schafe**

Sh:z vom 08.09.2013

Flensburg | Die Energiewende ist eines der großen Streitthemen in Schleswig-Holstein. Und wie so oft geht es auch in diesem Streit um Geld – um viel Geld. Beispiel Windenergie: Allein das Gewerbeaufkommen, rechnet eine aktuelle Windcomm-Studie vor, könnte beim Ausbau auf eine Leistung von 11.700 Megawatt bei 133 Millionen Euro im Jahr 2021 liegen. Das zeigt: Wer in Windkraft investiert, kann am Ende gut verdienen. Doch es ist nicht nur der persönliche Reichtum der Öko-Unternehmer: Auch der zuletzt erneut gestiegene Aufpreis den die Umlage aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) den Verbrauchern beschert, sorgt für Unmut. Sie zahlen, damit der Ausbau der erneuerbaren Energien sichergestellt wird – ein attraktives Investment für Kapitalanleger. Das Capital-Magazin berichtete jüngst über einen Goldrausch in der schleswig-holsteinischen Energiebranche. Pro Windrad könnten Bauern an guten Windstandorten im Norden mehr als 50.000 Euro Pacht verdienen. Und mit etwas Glück und Geschick ziehen Grundeigentümer nicht nur eine Mühle, sondern ganze Windparks an Land. Auf der einen Seite stehen dann Besitzer von Windeignungsflächen, für die sich die Energiewende wie ein Lottogewinn anfühlen dürfte. Auf der anderen Seite gehen viele Menschen leer aus, die gerne von der Energiewende profitieren würden, es aber nicht können. Einige stören sich am Lärm der Windräder, das zerstörte Landschaftsbild.

Naturschützer gehen auf die Barikaden und wieder andere plagt einfach der Neid. Ganze Dörfer hat das zerstritten. Dabei legt eine Trend-Research-Studie nahe, dass an erneuerbaren Energien viel mehr Menschen verdienen als bei konventioneller Energieerzeugung: Die meisten Ökostromanlagen gehören Privatpersonen (35 Prozent) und Landwirten (11 Prozent). Fakt ist aber auch: Der Anteil von Stromproduzenten an der Gesamtbevölkerung ist verschwindend gering. Trotzdem sagt Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD): „In Schleswig-Holstein können sowohl Bürger als auch Gemeinden von Wertschöpfungseffekten in Millionenhöhe durch Windkraft profitieren.“ Schließlich haben dem Ministerium zufolge in Schleswig-Holstein bereits 7000 Menschen beruflich mit der Branche zu tun. Öko-Millionäre in Schleswig-Holstein? Für Reinhard Christiansen sind das Gerüchte. Als Geschäftsführer mehrerer Bürgerwindparks wie der ARGE-Netz GmbH ist er ein gefragter Experte. Zwar würden vor allem ältere Windparks gute Renditen einfahren, neuere Anlagen seien davon allerdings weit entfernt: „Mittlerweile haben wir ganz andere Kosten. Wir müssen heute die Mittelspannungsleitungen und die Umspannwerke selber bezahlen. Das gab es früher in der Form nicht.“ Wenn Grundeigentümer Pachten von über 50.000 Euro bekommen, seien das Auswüchse, aber nicht die Regel. „Ursache dafür sind eigentlich Planungsfehler. Vielerorts waren deutschlandweit agierende Planungsbüros schneller als die Gemeinden oder Interessengruppen in den Dörfern“, erklärt der gelernte Landwirtschaftsmeister. Diese hätten teilweise deutlich lukrative Vorverträge mit den Landwirten gemacht. Ein Bürgerwindpark könne da nicht mithalten. Auf 15.000 Euro beziffert Christiansen die Pacht, die ein Bauer für eine Drei-Megawatt-Anlage bekommt, wenn er Teil eines Bürgerwindparks ist. „Viele Bauern akzeptieren das, weil sie für die Sache sind oder auch dem sozialen Druck nicht standhalten wollen.“ Wer als Windmüller im Alleingang zu Reichtum kommt, kann am Ende im Dorf alleine dastehen. Für Christiansen sind nicht die Betreiber, sondern die Händler Schuld an den hohen Strompreisen. „Wir produzieren unseren Strom für neun Cent. Die Versorger geben den Strom aber nicht günstig weiter.“ Schuld ist der Einheitsstrompreis. Besser wäre aus Sicht des Windmüllers eine Preisdynamik wie bei den Tankstellen. Wenn in der Mittagszeit die Windkraftanlagen gut laufen und viel Energie produzieren, müsste seiner Meinung nach auch der Strompreis am günstigsten sein. Verbraucher könnten dann beispielsweise ihre Wäsche in dieser Zeit preiswert waschen. Voraussetzung dafür wäre allerdings ein intelligentes Netz, wie es derzeit in Pellworm getestet wird. Eine Debatte über Öko-Millionäre kann Reinhard Christiansen angesichts der derzeitigen Herausforderungen nicht verstehen: „Wir sind Unternehmer und jedes Unternehmen muss eine Rendite erwirtschaften. Wir sorgen dafür, dass hier mal Einnahmen passieren. Bei den Großkonzernen ist das Geld nicht in die Region geflossen. Das war weg.“

### **Die Retter der Rader Hochbrücke**

Sh:z vom 9. September 2013



Rade | Alle paar Sekunden rumpelt es. Direkt über ihm. Doch Christian Nagel nimmt das kaum noch wahr. Für ihn ist die Arbeit unter Brücken Routine, deswegen interessieren ihn die Autos, die über ihm über die Rader Hochbrücke rollen, nur mäßig. Nagel ist hier, um zu zeigen, wie er die Brücke entlasten will, die seit über sechs Wochen für Lastwagen über 7,5 Tonnen gesperrt ist und von Autos

nur einseitig befahren werden darf, weil die Köpfe der Brückenpfeiler kaputt sind. Der Projektleiter ist dafür verantwortlich, dass die neuen Stahlkonstruktionen an den Pfeilern perfekt sitzen. Sie sollen die Stelen, auf denen von oben die Last der schwerer und zahlreicher werdenden Lkw wirken, wie ein Korsett zusammenhalten, damit der Beton nicht wieder abbröselt wie in den vergangenen Jahren. Der Stahlgurt wird nach der Sanierung der Brücke bleiben. „Die Betonbauer kommen, wenn wir weg sind“, sagt Nagel. Das gilt schon in dieser Woche für die letzten sechs Wasserpfeiler in der Eider, der 38-Tonnen-Autokran, der die vier jeweils 1,3 Tonnen schweren Stahlträger von einem Ponton unter die Brücke gehievt hat, ist schon wieder abgerückt. „Das ist kein alltäglicher Job“, sagt Nagel als er die Betontreppe an der Seite der Brücke hochsteigt und oben auf den Standstreifen der Autobahn 7 tritt. Auf der gegenüberliegenden Seite sanieren Arbeiter auf der gesperrten Fahrbahn Schadstellen im Asphalt – es passt gerade. Neben Nagel fahren Autos nur mit Tempo 60 vorbei, trotzdem ist es laut als der Projektleiter eine gelbe Leiter an der Leitplanke entert, die vermutlich jeder Autofahrer schon einmal auf der Brücke gesehen hat. Doch nur wenige wissen, dass dies der Einstieg in den Brückenbesichtigungswagen ist, der unter der Stahlkonstruktion entlangfahren kann. Immer wieder wurde die Brücke in den vergangenen 40 Jahren inspiziert, doch den porösen Beton im Innern der Pfeiler entdeckte niemand. „Sehen doch von außen auch noch alle gut aus“, sagt Nagel als er mit dem Wagen an ihnen vorbei fährt. Doch der glatte Beton täuscht: An manchen Pfeilern stehen nur noch 25 Zentimeter von ursprünglich 60 Zentimeter Beton. Eine Million Euro soll die Sanierung kosten – mindestens. Ende Juli schlug das Verkehrsministerium in Kiel Alarm, sperrte die Brücke teilweise. „Wir waren von dem Auftrag auch überrascht, haben aber noch am gleichen Tag mit den Arbeiten begonnen“, erzählt Nagel auf dem Brückenwagen. Schwierig sei es gewesen, das Material zu besorgen, ein Teil des Stahls sei schon auf einem Schiff verladen gewesen, sollte Richtung Dubai. „Da haben wir angerufen und gesagt: Bei uns im Norden ist Chaos – dann haben wir das gekriegt“, sagt der Brunsbütteler und deutet auf den eingerüsteten Wasserpfeiler vor dem Brückenwagen. Drei Arbeiter montieren gerade den letzten Stahlträger. Die werden mit riesigen Stahlstangen und Muttern auf Zug rund um den Betonpfeiler gesetzt. Die Fahrt mit dem über 40 Jahre alten an den Seiten etwas rostigen Brückenwagen ist rumpelig. Der alte Dieselmotor knattert, der Verbrauch dürfte enorm sein. In diesen Tagen wird er vielleicht so oft bewegt wie noch nie in seiner Geschichte, denn immer wieder werden die laufenden Arbeiten von oben kontrolliert. Es ist fast ein wenig idyllisch, 30 Meter über dem Wasser der Rader Enge. Die Autos hört man kaum, die Sonne scheint, der Blick geht weit. Ein wenig rostig-metallischer Geruch liegt in der Luft, eine leichte Brise weht. „Wir haben Glück gehabt, wenn wir im Herbst mit mehr Regen und Sturm zu tun gehabt hätten, wären wir nicht so schnell fertig geworden“, sagt Nagel und zeigt auf ein paar Radfahrer, die am Ufer der Eider stehen und zu ihm hochschauen. „Zu Beginn der Arbeiten an den Landpfeilern hatten wir jede Menge Schaulustige, da mussten wir zwei Leute beschäftigen, um alles abzusperren.“ Mittlerweile sei das einfacher geworden. „Viele Passanten wollen wissen, warum die Brücke kaputt ist, aber das wissen wir doch auch nicht. Wir können nur sagen, dass wir sie jetzt reparieren. Wäre ja blöd, wenn die Rader Hochbrücke plötzlich im Wasser läge.“ Stimmt. Denn die muss wohl noch einige Jahre durchhalten. Erst nach einem Gutachten wollen die Politiker in Bund und Land entscheiden, was mit ihr geschieht. Umbau, Abriss und Neubau oder ein Tunnel unter dem Nord-Ostsee-Kanal – alles ist möglich. Christian Nagel denkt nicht daran, als ihm seine Arbeiter vom Gerüst aus zuwinken. In ein paar Tagen ist für sie hier alles vorbei. Der Projektleiter ist erleichtert, dass alles geklappt hat. Bis Ende November werden die Betonbauer die Pfeiler nun von innen aufstemmen, abstrahlen und mit Beton ausspritzen. Wenn alles ausgehärtet ist, soll der Verkehr wieder wie vorher über die Brücke rollen. Doch jetzt rollt erstmal der Brückenwagen zurück an seine Position. Christian Nagel wirft einen Blick auf das über 40 Jahre alte Metall. „Mit Stahl muss man immer was machen, sonst geht er kaputt“, sagt der 28-Jährige. „Aber hier sieht ja alles ganz okay aus.“ Das haben die Fachleute bei den Betonpfeilern auch gedacht.

## **"Windkraft? Das tun wir uns nicht an!"**

Schwarzwälder Bote 05.09.2013 10:55 Uhr

Horb - Der Rotmilan ist zum Symbol für einen Konflikt geworden. Zum Konflikt zwischen Fortschritt und Naturschutz. Windkraftbefürworter fragen sich insgeheim, ob die Vögel nicht lernen, um die Räder herumzufliegen. Naturschützer verkämpfen sich dagegen für die seltene Art. Für sie ist klar: Der Rotmilan gehört zu den geschützten Arten; wo er besonders häufig vorkommt, darf kein Windrad stehen. Baden-Württemberg ist weit abgeschlagen bei der Windenergie: Nur 381 der bundesweit 23.401 Anlagen stehen im Südwesten. Das besagen Zahlen des Bundesverbands Windenergie. Im ersten Halbjahr 2013 wurde demnach keine einzige Anlage neu errichtet. Der Grund: Die Kommunen sind verunsichert. Sie haben keine zuverlässigen Grundlagen, wo der Rotmilan besonders häufig vorkommt. Jüngster Paukenschlag, der die kommunalen Planer zusammensinken ließ: Die landesweit beachtete Absage für einen geplanten Windpark in Horb (Kreis Freudenstadt). Und wieder war es der Rotmilan: Erst im Lauf der Planungen hatte sich herauskristallisiert, dass das Waldgebiet »Großer Hau« im Ortsteil Rexingen in einem Dichtezentrum des Rotmilans liegt. Die Stadt beklagt, dass sie im Verfahren nie darauf hingewiesen wurde, dass bei der gezählten Vogelzahl eine Realisierung des Windparks an dieser Stelle tabu ist. Eine Kartierung müsse her, die besage, wo der Rotmilan und andere geschützte Arten besonders häufig vorkämen, lautet die Forderung der Stadt, unterstützt vom Städtetag. Außerdem warf die Stadt dem Regierungspräsidium Karlsruhe Intransparenz vor; man habe nicht offen vermittelt, welche Kriterien für eine Genehmigung erfüllt sein müssten. Die Stadtverwaltung erwog deshalb, Klage gegen die Absage zu erheben. Oberbürgermeister Peter Rosenberger (CDU) wollte stellvertretend für die Kommunen im Land einen Präzedenzfall ausfechten, der für höhere Planungssicherheit bei Windkraftanlagen sorgt. Der Städte-tag hat ihn in diesem Ansinnen unterstützt. Gestern aber entschied sich der Gemeinderat, nicht vor Gericht zu ziehen. Damit ist der Horber Fall endgültig erledigt. Man akzeptiere das Nein des RP und wolle die Gräben zwischen Windkraftgegnern und -befürwortern in der Stadt wieder zuschütten. Die Reaktionen: überrascht. Beim Städtetag: etwas enttäuscht. "Solche Fälle wie der Horber sind nicht förderlich für Kommunen, die sich mit dem Windkraftausbau befassen. Die Kommunen fühlen sich alleingelassen", sagt Stefanie Hinz, stellvertretende Geschäftsführerin des Städtetags Baden-Württemberg. Sie hätte mit ihrem Verband eine Klage auch finanziell unterstützt, sagt sie unserer Zeitung. Nun aber stehe man vor der ungeklärten Situation, die zur Folge habe, »dass wir morgen das nächste Horb haben können«. Was bleibt, ist die Unsicherheit bei den Kommunen, die Windkraftanlagen planen. Was sich Hinz wünscht: Ein politisches Signal der Landesregierung, dass man die Kommunen unterstützt. "Es wäre für uns hilfreich, in einem Artenschutzkartierung nachschauen zu können, wo solche Verdichtungsgebiete liegen." Die Veröffentlichung dieses Katasters fordere der Städtetag vom Land ein, es sei aber schon mehrfach verschoben worden. "Ein Rohentwurf ist für September angekündigt. Mit einer verlässlichen Datengrundlage rechnen wir nicht vor 2014", sagt Hinz. Der Hauptgeschäftsführer des Städtetags, Stefan Gläser, beklagte in einem Brief an Verkehrs- und Infrastruktur-Minister Winfried Hermann (Grüne), den Städten sei es ohne diese Kartierung als Grundlage "kaum möglich, die Energiewende zu unterstützen". Hätte es eine zuverlässige und flächendeckende Kartierung bereits gegeben, als die Stadt Horb den Teilflächennutzungsplan "Windkraft" erstellt hat, hätte sie gewusst: Der "Große Hau" kommt als Standort vielleicht gar nicht in Frage. So aber hat sie mehrere Tausend Euro für Gutachten ausgegeben, um schließlich die Absage zu kassieren. OB Rosenberger hatte nach dem Genehmigungs-Debakel in seiner eigenen Stadt seinen Amtskollegen in anderen Kommunen geraten, Windkraftpläne zunächst nicht weiterzuverfolgen. Sie sollten besser abwarten, bevor sie viel Geld in Gutachten und Planerstellung stecken. Das Regierungspräsidium lege bei der Genehmigung Kriterien an, die den Antragstellern nicht bekannt seien. Fälle wie der aus Horb dürften alles andere als einen Windkraft-Boom im Land auslösen, und das, obwohl sich die Landesregierung ambitionierte Pläne beim Ausbau regenerativer Energien gesetzt hat. Für die Großwetterlage in Sachen Windkraft im Land hätte eine Klage der Stadt Horb vor dem Verwaltungsgericht eine Aufklärung im wahrsten Wortsinne bedeutet. Sie hätte zuverlässig Klarheit gebracht, welche Kriterien das Regierungspräsidium einer Genehmigungsverfahren aktuell zu Grunde legt. Nun aber heißt es: abwarten. Abwarten, bis einige der momentan über 200 Flächennutzungspläne zur Windkraft genehmigt sind, und sich eine erkennbare Praxis einpendelt. In Blumberg fielen wegen artenschutzrechtlicher Gründe vier von fünf Standorten flach. Horb gehörte zu den ersten Städten, die nach den Regeln des neuen Windenergieerlasses vom Mai dieses Jahres behandelt wurden. Hinzu kommt, dass das Regierungspräsidium die Gemengelage in Horb als außerordentlich komplex und schwierig darstellt, weil sowohl Artenschutz als auch Landschaftsschutz betroffen seien. Stadtplaner Peter Klein sagt: "Es kann sein, dass wir ein frühes Extrem waren." OB Rosenbergers Warnung hat erste Kommunen auf die Bremse steigen lassen. Der Bürgermeister der Stadt Sulz (Kreis Rottweil), Gerd Hieber, sieht angesichts hoher Kosten für Gutachten und Planung eines solchen Teilflächennutzungsplans



»Windkraft« keine Perspektive für die Realisierung in Gemeinderegie. Ein anderer Fall, der zeigt, wie schwierig es ist, Windenergie rentabel aufzubauen: In Blumberg (Schwarzwald-Baar-Kreis) fielen wegen artenschutzrechtlicher Gründe vier von fünf Windkraftstandorten flach. Nur der ertragsschwächste blieb übrig. Bei mancher Kommune kommt die Frage auf, ob Windkraft überhaupt politisch gewollt sei. "Die Entscheidung in Horb darf man jetzt nicht verallgemeinern", sagt Roland Kress. Er ist Pressesprecher der MVV Energie AG aus Mannheim, die in Horb investieren wollte. Es wäre aus seiner Sicht der falsche Schluss, diese Ablehnung nun als Blockade der Windkraft in Baden-Württemberg zu interpretieren. Vielmehr ist das gesellschaftlich und politisch gewollte Ziel des Ausbaus der Windkraft im Land weiterhin zu erreichen: "Es war jedem bewusst, dass die Genehmigungsverfahren für Flächennutzungspläne und Regionalentwicklungspläne Zeit brauchen." MVV Energie betreibt im Moment noch kein Windrad in Baden-Württemberg, hat aber mehrere Projekte hierzulande in der Entwicklung. Stefanie Hinz vom Städtetag gibt zu bedenken, dass der Horber Fall zwar ein "Leuchtturm in Sachen Artenschutz" gewesen sei, das aber noch lange nicht alles ist, was die Kommunen bei der Windkraft zu berücksichtigen hätten: "Hinzu kommt, dass der Landschaftsschutz berücksichtigt werden muss, außerdem Wetterradare, der Flugverkehr, auch der militärische, Einhaltung von Grenzwerten bei Geräusche- missionen." Dann folge die Bürgerbeteiligung. "Und man muss viel Überzeugungsarbeit vor Ort leisten", sagt sie. "Dass die Stadt auf der Zielgeraden durch den Artenschutz eingefangen wird, ist sehr ärgerlich. Viele Kommunen sagen: Windkraft? Das tun wir uns nicht an!" Naturschützer Lambert Straub aus Horb ist die Diskussion zu einseitig. Horb sei aus seiner Sicht klar ein Dichtezentrum des Rotmilans. Der NABU-Mann fügt hinzu: "Vielleicht sollte man mal aufhören, den Vogel als Spielverderber zu sehen und stolz darauf sein, dass bei uns Brutpaare leben, von denen es weltweit nur noch 20.000 gibt."

### **Schleswig-Holstein - Investor: Eine Milliarde Euro für Windkraft liegt auf Eis**

HA 09.09.13, 16:08

Kiel. Investitionen von einer Milliarde Euro liegen nach Angaben von Karl Detlef, Geschäftsführer mehrerer Windkraftanlagen, im Kreis Ostholstein auf Eis. Geplante Windkraftanlagen könnten nicht errichtet werden, weil die Deutsche Flugsicherung (DFS) ihre Genehmigungspraxis seit dem Frühjahr rigide verschärft habe, sagte Detlef am Montag anlässlich eines Informationsgesprächs von Energieminister Robert Habeck (Grüne) mit Windanlagenbetreibern und Bürgermeistern in Eutin. Habeck, der inzwischen Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) um Unterstützung gebeten hat, übte massive Kritik an der bisherigen Praxis der DSF. "Die undifferenzierte Ablehnung von Windanlagen seitens der Flugsicherung, ohne anlagenspezifische Begründungen, ist nicht akzeptabel", sagte Habeck. Notwendig sei "ein transparentes Verfahren, das Anlagenbetreibern so früh wie möglich erlaubt, abzuschätzen, ob Windmühlen gebaut werden können oder die Flugsicherung ihr Veto einlegt". Bisher seien Stellungnahmen der DSF und Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung (BAF) für potenzielle Windeignungsflächen zunächst nur sehr allgemein, so dass spätere Einschränkungen nicht daraus erkennbar seien, kritisierte Habeck. Laut Ministerium sind in der vergangenen Monaten in ostholsteinischen Gebieten, bei denen die Flugsicherheit eine Rolle spielt, 16 Anlagen genehmigt und 68 Anlagen abgelehnt worden – die abgelehnten Anlagen hätten eine Leistung von 198 Megawatt. In einem Fall habe das Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (LLUR) eine Genehmigung für den Bau einer Windkraftanlage zurückziehen müssen, nachdem das DSF entgegen ersten Darlegungen dann doch ein Verbot ausgesprochen habe. "Es ist kein schleswig-holsteinisches, sondern ein bundesweites Ärgernis", betonte Habeck. Mehrere andere Bundesländer, darunter Bayern, hätten ebenfalls mit BAF und DFS Probleme, ergänzte seine Sprecherin. Sie verwies auf erste Antworten einer von Schleswig-Holstein initiierten Umfrage in den Bundesländern. "Hier ist dringend der Bund gefragt", sagte Habeck. Der Bund müsse mit seinen nachgeordneten Behörden eine Lösung herbeiführen, "die die Flugsicherheit gewährleistet und den Ausbau von Windenergie auch in den Schutzbereichen ermöglicht". Er setze hier auf die Unterstützung des Bundesumweltministeriums, betonte Habeck. In einem Schreiben Habecks vom 2. September an Altmaier heißt es, das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung (BAF) versage jetzt – gestützt auf DSF-Gutachten – regelmäßig die Zustimmung zu Anträgen auf Errichtung von Windkraftanlagen in den Windeignungsgebieten, die im 15-Kilometer-Schutzradius um die sogenannten VOR-Navigationsanlagen in Michaelsdorf und Lübeck liegen. Früher betrug die Schutzzone, wie eine Ministeriumssprecherin erläuterte, nur drei Kilometer. Eine "Kann"-Bestimmung im Luftverkehrsgesetz, die früher meist im Sinne der Windkraftanlagenbauer entschieden worden sei, werde nun gegen sie angewandt, ergänzte Detlef. Habeck äußerte Zweifel an der fachlichen Qualität der DSF-Gutachten und kündigte an, voraussichtlich die Technische Universität Berlin werde eine Expertise im Auftrag Schleswig-Holsteins zu offenen Fragen erstellen. Dazu zähle, welche Spielräume der Flugsicherheit bei der Beurteilung von Anträgen zum Bau von Windkraftanlagen gegeben seien und ob es andere als die DSF-Beurteilungsmaßstäbe gebe, "die die Flugsicherheitsbelange

sicherstellen können". Der Minister kritisierte, dass Vertreter der DFS und des BAF die Einladung zum Gespräch in Eutin nicht angenommen hätten. Auch Detlef vermisste Dialogbereitschaft und sah den Schwarzen Peter für die seiner Meinung nach für Ostholstein wirtschaftlich schlimme Situation nicht beim Land, sondern den Bundesbehörden: "Die Deutsche Flugsicherung kommt bisher nicht aus ihrem Schneckenhaus in Langen bei Frankfurt heraus."

### **Flugsicherung bremst Ausbau der Windenergie**

Wirtschaftswoche 9.9.13

208 Bauprojekte in der Windenergie-Branche hängen seit 2009 in der Warteschleife. Das ist das Ergebnis einer Umfrage des Bundesverband Windenergie (BWE) unter seinen mehr als 20000 Mitgliedern. Bei diesen Projekten habe das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung (BAF) die Genehmigung entzogen. Grund dafür ist die Schutzzone um Navigationsanlagen für Flugzeuge, die von 3 auf 15 Kilometer erweitert wurde. In diesem Bereich dürfen keine Windkraftanlagen gebaut werden. "Die Windpark-Projektierer haben im guten Vertrauen auf die ausgewiesenen Gebiete Investitionen getätigt und jetzt werden die Genehmigungen nicht erteilt", sagt BWE-Geschäftsführer Henning Dettmer. "Die Bürokratie verhindert so Investitionen in Höhe von rund fünf Milliarden Euro." Die betroffenen Bauprojekte kommen laut Verband auf eine Gesamtleistung von 3345 Megawatt. Das entspricht in etwa zehn Prozent der Gesamtleistung aller in Deutschland installierten Windenergieanlagen. Besonders häufig verweigere das BAF laut der Umfrage die Genehmigung in der Nähe von Funkanlagen der Flugsicherung und des Deutschen Wetterdienstes. Die Vergabepaxis sei "restriktiv", so der Verband. Er kritisiert, dass die Schutzzonen pauschal festgelegt sind. Viel eher sollten im Einzelfall Messungen vorgenommen werden, um das Gefahrenpotential zu bestimmen. Das Bundesverkehrsministerium weist die Vorwürfe zurück, teilte ein Sprecher mit. Das BAF prüfe jeden Fall einzeln. Hintergrund für die Erweiterung der Schutzzone ist eine Harmonisierung der europäischen Flugsicherungsstandards. 2009 wurden die Schutzzonen um Flugnavigationsanlagen in Europa einheitlich auf 15 Kilometer festgelegt. Laut dem BAF ist die Sorge um den Ausbau der Windenergie durch die Schutzzonen unberechtigt. Es bestünde aber die Gefahr, dass die Rotoren der Windkraftanlagen die Flugsicherheit gefährde, sagte eine Sprecherin des BAF. "Es kann sein, dass dadurch Funksignale nicht beim Flugzeug ankommen."

## BRIEFE AN DIE REDAKTION

### WEITERE WINDRÄDER

# Nach Schneeballprinzip

Zur Diskussion um die Vorbereitung neuer Windräder-Bauplätze im Odenwald rund um den aktuellen Verfahrensschritt der Ausweisung eines kreisweiten Flächennutzungsplans, zuletzt umfassend in „Zwischen Planaussage und Bauwillen“, Ausgabe vom 30. August: Während bundesweit die Haltung zur Windkraft kritischer wird, fordern Energiegenossenschaft Odenwald (EGO) und einige der hier ansässigen Grafengeschlechter die Ausweisung weiterer Windkraftflächen. Auch die kleine Gemeinde Sensbachtal möchte sich dem regionalen Trend anschließen und ihre Natur der EGO überlassen. Pro Einwohner sollen so gut zehn Euro jährlich in den Gemeindefonds fließen. Bedeutet das Nachhaltigkeit für spätere Generationen? Wurde bei aller Gier, vielleicht auch Not, daran gedacht, dass mit dem Gewinn über die EEG-Umlage alle Bürger noch weiter

belastet werden? Windkraft kann in unserer Region nur zum Ziel haben, an Subventionen zu gelangen. Ein dubioses und höchst ansteckendes System nach dem Schneeballprinzip.

Wenn unsere Behördenangaben stimmen, stehen jährlich 83 Volllasttage durch Wind für unsere Rotoren zur Verfügung. Wie aber laufen an den restlichen 282 Tagen im Jahr die Kühlschränke? Lohnt bei so viel Unsinn die Vernichtung unserer Natur?

Ihren Gipfel findet die Ungeheimtheit dann darin, dass schwache Politiker dem Regierungspräsidenten erlauben, mehr als 13 Prozent unserer Wälder als Windkraftflächen vorzusehen. Nichts mehr mit Erholung! Eine schallende Ohrfeige aus Darmstadt für alle Einwohner, unsere Wälder und den Wert unserer Liegenschaften.

**Gisela Lotz**  
**Rubensstraße 21**  
**64711 Erbach**

# Windreich in Zahlungsnöten

**ENERGIE** Windpark-Projektentwickler beantragt Insolvenzverfahren – Firmengründer Balz tritt zurück

**WOLFSCHLUGEN. Hohe Schulden gehörten beim Windpark-Entwickler Windreich quasi zum Geschäftsmodell. Doch jetzt spielen die Gläubiger wohl nicht mehr mit. Die Firma hat ein Insolvenzverfahren in Eigenregie beantragt.**

Paukenschlag bei Windreich: Der Windpark-Entwickler hat Insolvenz angemeldet, Firmengründer Willi Balz tritt zurück. Bereits Ende vergangener Woche habe das Unternehmen Antrag auf Insolvenz in Eigenverwaltung gestellt, wie Windreich am Montagabend in Wolfschlugen (Kreis Esslingen) mitteilte. Zuvor hatte die „Frankfurter Allgemei-

ne Zeitung“ unter Berufung auf das Amtsgericht Esslingen darüber berichtet. Als Sachwalter wurde der Stuttgarter Anwalt Holger Blümle eingesetzt.

Um den Weg für die Sanierung freizugeben, gibt Windreich-Gründer Balz seinen Posten als Firmenchef auf. Balz habe sich mit sofortiger Wirkung aus der Geschäftsführung zurückgezogen, teilte das Unternehmen mit. Die Leitung übernimmt der bisherige Berater Werner Heer. „In Zusammenarbeit mit dem bisherigen Management wird sich Heer insbesondere auf die weitere Entwicklung und Finanzierung des Offshore-Projekts MEG I konzentrieren“, hieß es.

Er werde sicherstellen, dass die Projektgesellschaft MEG I von der Windreich-Sanierung unberührt bleibe, sagte Heer.

Windreich plant Anlagen und Windparks, die dann an Investoren verkauft werden. Das Geschäft birgt Risiken. Ende 2012 hatte das Unternehmen gut 300 Millionen Euro Schulden angehäuft und war wegen Abschreibungen auf eine Beteiligung in die roten Zahlen gerutscht.

Erst vor wenigen Wochen hatte Balz sich noch zuversichtlich gezeigt, die Schulden in diesem Jahr deutlich reduzieren zu können. Mit den Mitteln aus dem Verkauf eines Windparks wolle er einen 70-Millionen-Euro-Kre-

dit an die Schweizer Privatbank J. Safra Sarasin zurückzahlen, sagte Balz damals: „Die Durststrecke ist nun überstanden.“

Die Lage bei Windreich beschäftigt bereits Behörden und Gerichte. Die Stuttgarter Staatsanwaltschaft ermittelt seit März gegen frühere und amtierende Vorstände – unter anderem wegen des Verdachts auf Insolvenzverschleppung, Bilanzmanipulation und Kreditbetrug. Nicht nur bei Balz, sondern auch beim ehemaligen baden-württembergischen FDP-Landeschef Walter Döring klopfte die Staatsanwaltschaft an. Beide hatten die Ermittlungen bestätigt.

Zeichner der Windreich-An-

leihen haben vor dem Landgericht Regensburg eine Klage gegen die Bank J. Safra Sarasin eingereicht, weil sie sich schlecht über die Geschäftsaussichten informiert fühlten. Windreich hat zwei Anleihen im Volumen von insgesamt 125 Millionen Euro an der Stuttgarter Börse ausgegeben. Die Anleihenzeichner sollten sich nun so schnell wie möglich organisieren, damit sie nicht leer ausgehen, wenn das Insolvenzverfahren eröffnet wird, sagte Rechtsanwalt Klaus Nieding von der Kanzlei Nieding und Barth. „Sie werden nachrangig behandelt, stehen also am Ende der Nahrungskette, wenn es hart auf hart kommt.“ *dpa*